



Hannover, 09.12.10

Pressemitteilung

„Ministerin wird ins Wohnheim eingeladen“

Die Vollversammlung der Studierenden der Leibniz Universität Hannover hat am gestrigen Mittwoch, 08.12.2010, die Empfehlung beschlossen, dass die Studentenwerkbeitragserhöhung von 10€ pro Semester nicht einfach so hingenommen werden kann. Sie hat sich dafür ausgesprochen, dass weiter Druck auf die Landesregierung und ihre Kürzungen im Bereich der Studentenwerke ausgeübt werden soll. Um die Situation den Zuständigen nahe zu legen wurden hochrangige Mitarbeiter_innen des Ministerium für Wissenschaft und Kultur sowie die Ministerin selber zu einer Übernachtung in ein Wohnheim eingeladen.

Neben der Aussprache gegen die Studentenwerkbeitragserhöhung ging es um die desolote Raumsituation an der Universität und das Lehrangebot der Sozialpsychologie.

Das Lehrangebot der Sozialpsychologie soll nach dem Entschluss der Vollversammlung weiter aufrecht erhalten und die Arbeitsverträge von Dr. Jan Lohl und M.A. Sebastian Winter verlängert werden.

David Diel, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erklärt: „Es muss gewährleistet werden, dass die Studierenden unter ihrer Prüfungsordnung mit den Schwerpunkten der Sozialpsychologie zu Ende studieren können. Wird das Angebot deutlich gekürzt kann dies nicht mehr garantiert werden.“

Des Weiteren gibt es nach wie vor ein großes fakultätsübergreifendes Interesse am Fach Sozialpsychologie. Die Sozialpsychologie ist das einzige Fach, dass sich noch spezifisch mit Bereichen der politischen Psychologie, ins besondere mit Integration und Ausgrenzung, Sozialpsychologie des Nationalsozialismus und seiner Folgewirkungen und Gender Studies beschäftigt. Ein verfrühter Wegfallen dieses Angebots wäre ein herber Rückschlag für die kritische Lehre an der Universität.

Als letzten Punkt wurde die Raumsituation angesprochen. Viele Seminare sind deutlich überfüllt und die Räumlichkeiten bieten nicht genügend Platz für alle

Interessierten. Die Vollversammlung kritisiert die Standortsverschiebung, vor allem in Richtung Garbsen, und spricht sich für einen zentralen Universitätscampus aus.

„Wir sehen die Gefahr, dass mit dem doppelten Abiturjahrgang und dem Wegfall der Wehrpflicht sich die Raumsituation weiter deutlich verschlechtert. Vor allem für Fachschaften und politische Gruppen wird dann noch weniger selbst verwalteter Raum zur Verfügung stehen“, sagt Julia Amthor, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Kontakt:

Für Rückfragen stehen Ihnen Julia Amthor und David Diel unter der Telefonnummer 0511/762 5063 oder per eMail presse@asta-hannover.de gerne zur Verfügung.